

22.10.2026

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 22.10.2026

Ltg.-1107/XX-2026

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten Dorner, Mag. Hackl, Mühlberghuber, Kaufmann, MAS, Krumböck, BA, Mag. Keyl, Auer, Bors, Lobner, Gerstenmayer, Mag. Zeidler-Beck, MBA, Handler, Dammerer und Gerstner

gemäß § 33 LGO 2001

betreffend **Abschaffung der standortschädlichen Flugabgabe - faire Wettbewerbsbedingungen für den Flughafen Wien-Schwechat und die heimische Wirtschaft**

Der Flughafen Wien-Schwechat stellt als Drehkreuz mit rund 32,6 Millionen Fluggästen pro Jahr eine wichtige Brückenfunktion des Wirtschaftsstandorts Österreich dar. Vor allem in einer exportorientierten Volkswirtschaft sind gute internationale Anbindungen ein entscheidender Standortfaktor, auch wenn es um Betriebsansiedelungen aus dem Ausland geht. Höhere Abgaben auf Flugreisen bedeuten daher im internationalen Wettbewerb einen Standortnachteil für unsere Unternehmen und insbesondere für den Flughafen Wien-Schwechat selbst. Durch die im Budgetbegleitgesetz 2011 eingeführte Flugabgabe, die zuletzt durch das Konjunkturstärkungsgesetz 2020 (BGBl. I Nr. 96/2020) maßgeblich geändert wurde, erwächst also dem Wirtschaftsstandort Österreich und vor allem der prosperierenden Ostregion ein erheblicher Wettbewerbsnachteil.

Konkret beläuft sich die Ticketabgabe auf 12 Euro je Ticket, wobei bei Kurzstrecken unter 350 Kilometern ein erhöhter Satz von 30 Euro je Ticket zur Anwendung kommt. Gerade für Billig-Airlines ist daher der vom Flughafen Wien-Schwechat nur 55 Kilometer entfernte Flughafen Bratislava eine kostengünstigere Alternative. Wizz Air hat sich bereits aus Wien-Schwechat verabschiedet, ebenso hat Ryanair bereits mehrere Maschinen in die Slowakei verlegt, denn dort wird keine nationale Flugticketabgabe erhoben.

Bereits im ersten Halbjahr 2026 verzeichnete der Flughafen Wien-Schwechat einen Passagierrückgang von 3,2 Prozent, insgesamt ist für heuer mit zwei Millionen Passagieren weniger zu rechnen.

Der Flughafenstandort Wien-Schwechat ist einer der wichtigsten Wirtschaftsstandorte Österreichs und gerade für Niederösterreich, Wien und das Burgenland von enormer Bedeutung. Jeder Passagier, jede Fluggesellschaft und jede internationale

Verbindung bringt Wertschöpfung in die Region. Wenn durch eine wettbewerbsfähige Abgabekulisse mehr Flugverbindungen, mehr Passagiere und mehr Touristen nach Österreich kommen, profitieren Hotels, Gastronomie, Handel, Verkehr und der gesamte Wirtschaftsstandort. Mehr Wertschöpfung bedeutet am Ende auch mehr Steuereinnahmen.

Eine Schwächung dieses Standorts aufgrund deutlich höherer Abgaben als im internationalen Vergleich schadet nicht nur der heimischen Wirtschaft, sondern gefährdet auch tausende Arbeitsplätze. Rund 23.000 Menschen sind bei über 250 Unternehmen unmittelbar am Flughafen Wien-Schwechat beschäftigt, der damit der größte Arbeitgeber der Ostregion ist. Der zuletzt verkündete Abzug von Flugzeugen bedeutet bereits unmittelbar den Verlust von rund 80 Arbeitsplätzen. In der Folge bricht auch die damit verbundene regionale Wertschöpfung weg, wodurch zahlreiche weitere Arbeitsplätze indirekt gefährdet sind.

Der Flughafen Wien-Schwechat ist unser Tor zur Welt und soll dies auch bleiben. Damit Arbeitsplätze in Österreich gesichert werden und Fluglinien auch künftig hier investieren muss Österreich im europäischen Wettbewerb wettbewerbsfähig bleiben!

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung insbesondere an den zuständigen Bundesminister für Finanzen heranzutreten, dass die durch das Budgetbegleitgesetz 2011 eingeführte Flugabgabe unverzüglich und ersatzlos gestrichen wird, damit der Flughafen Wien-Schwechat auch weiterhin wettbewerbsfähig bleibt, Wertschöpfung generiert werden kann und Arbeitsplätze gesichert werden.“

Gemäß § 33 LGO 2001 wird beantragt, dass dieser Antrag in der Landtagssitzung am 22. Oktober 2026 ohne Ausschussberatung zur Behandlung gelangen möge sowie, dass dieser Antrag zu Beginn der Sitzung verhandelt werde.